

Protokollauszug

aus der
47. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses
vom 24.01.2019

öffentlich

Top 4 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

Herr Liebe berichtet über die Sitzung des **Unterausschusses Jugendhilfeplanung** vom 15.01.2019.

Der Unterausschuss hat sich mit dem Antrag des Arche e.V. zur Anerkennung nach § 75 SGB VIII befasst. Die formalen Voraussetzungen für die Anerkennung sind erfüllt. Somit wird diese empfohlen.

Des Weiteren hat sich der Unterausschuss mit der neuen Struktur befasst. Die Träger empfinden die fehlende Transparenz des Prozesses als „stilllos“. Es wurde durch mehrere Mitglieder des Unterausschusses kritisiert, dass der Jugendhilfeausschuss nicht in die strukturellen Veränderungen einbezogen wurde. Außer der Information von Frau Aubel in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13.12.2018 ist zur Strukturveränderung keine Kommunikation erfolgt.

Der Auftrag ist nach wie vor die Erstellung eines Jugendhilfeplanes. Dazu müssen in der Verwaltung ausreichende Ressourcen vorhanden sein. Die Erstellung des Planes bis zur Kommunalwahl kann durch die Verwaltung nicht zugesagt werden.

Der Unterausschuss hat sich auch mit der Auswertung der Dezembersitzung des Jugendhilfeausschusses und dem Ausblick auf die Januarsitzung befasst. Es wurde dabei festgestellt, dass die meisten der noch offenen Themen an den neuen Jugendhilfeausschuss übergeben werden sollten.

Herr Ströber ergänzt, dass der Unterausschuss darum bittet, auch die freien Träger über die Strukturveränderung zu informieren.

Herr Kolesnyk bittet die anwesenden Trägervertreter, dass neue Organigramm an die Träger zu verteilen. Es wird auch online verfügbar sein.

Der Bericht der **AG Kita** liegt schriftlich vor und wird als Anlage zur Niederschrift ausgereicht.

Bericht der AG gemäß § 78 Kita, Sitzung am 15.01.2019

Themen, Fragen und Ergebnisse

Strukturveränderungen in der Verwaltung

Herr Dr. Prokorny informiert die Anwesenden über den Stand der Strukturveränderung in der Verwaltung.

Es wird um Verständnis gebeten, dass die Lösung der aufgelaufenen Probleme noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird.

Die Träger weisen darauf hin, dass die Alltagsaufgaben neben der Strukturveränderung der Verwaltung zu bewältigen sind und entsprechend agiert werden muss. Sie äußern zur gegenseitigen Entlastung die Bitte, dass die AG Kita Finanzierung solange keine erneuten Anfragen im Rahmen der BKA Prüfung z.B. zu minimalen Skontobeträgen an die Träger richtet, bis dazu grundsätzliche Entscheidungen getroffen wurden.

Gutachten ortsübliche Miete

Die Verwaltung informiert, dass durch den beauftragten Gutachter kein „Kitamarkt“ betrachtet wurde, sondern Gewerbemieten angesetzt sind. Eine Grundsatzentscheidung wird kurzfristig durch die Beigeordnete und den OB erwartet.

Stand Kiez-Kita-Programm

Das MBS hat die Fördergrundsätze geändert, die am 29.01.2019 im LKJA beraten werden. Die Laufzeit ist bis 31.12.2021 verlängert und die Mittel wurden angehoben. Die Verwaltung wird darüber informieren, wie die zusätzlichen Mittel in der LHP zum Einsatz kommen. Es wird geprüft, ob die Aufnahme weiterer Kitas in das Programm möglich ist.

Forderung: Auf der Landesebene soll die gesicherte Finanzierung für Kinder mit besonderem Bedarf geregelt werden.

Kita-Platz-Situation

32 Kinder können gegenwärtig nicht mit Plätzen versorgt werden. Die Hauptursache liegt im Mangel an Fachkräften.

Fachkräfte: Ausbildung, Gewinnung, Maßnahmenpaket für die LHP

Der Nachwuchs muss gesichert werden. Für die LHP ist ein Maßnahmenpaket erforderlich. Die Fachkräfteoffensive des Bundes ist beschlossen. Deren Umsetzung ist im Land Brandenburg noch nicht geregelt, beginnt mit der Antragstellung im Februar 2019.

Stand der Rückzahlungen an Eltern für die Vorjahre

Inzwischen gehen bei den Trägern vermehrt Mahnbescheide des Amtsgerichts, Klageandrohungen und Klagen ein. Hier sind bereits Kosten für anwaltliche Beratung und Gebühren aufgelaufen, die weiter anwachsen. Die Träger schlagen vor, dass die Beigeordnete einen 3. Brief an die Eltern richtet, der die Entschuldigung der Verwaltung für Fehler, die Beschlusslage und die nächsten Schritte verbindlich aufzeigt.

Umgang mit Kindern nicht zahlender Eltern, fiktive Elternbeiträge (Soll Stellung) sind keine Einnahmen

Hierzu sind Grundsatzentscheidungen der Verwaltung erforderlich:

- Fiktive Elternbeiträge können nicht zur Zahlung von Miete oder Vergütung des Personals eingesetzt werden, da sie nicht vorhanden sind. Deshalb dürfen sie auch nicht angerechnet werden, sondern fließen im Jahr des Zahlungseingangs als Einnahme in die BKA.
- Soll weiterhin viel „gutes Geld“ verbraucht werden, wenn Vollstreckungstitel z.B. auch bei Privatinsolvenzen verlangt werden?
- Wie will die Politik mit den Einwohnern diesbezüglich umgehen?
- Den Rechtsanspruch hat das Kind, das nicht für seine nicht zahlenden Eltern bestraft werden darf. Sollen Betreuungsverträge aus politischer Sicht beendet werden?

Die Fortsetzung der „Richtlinie zur Umsetzung der Verbesserung der Betreuungsqualität in Kindertagesstätten in der Landeshauptstadt Potsdam in den Jahren 2017 bis 2019“ muss rechtzeitig entschieden werden.

Welche Maßnahmen greifen ab dem Jahr 2020?

Kita-Online-Portal

Die Überlegungen zur zukunftsfähigen Erweiterung der Software sind grundsätzlich neu zu bewerten. Geprüft wird z.B., ob webbasierte Anträge und Abrechnungen zur effektiven Bearbeitung für Verwaltung und Träger möglich sind.

Ziel KitaFR ab 01.01.2020

UAG KitaFR nimmt ihre Arbeit auf, insbesondere zu

- Beratung der Anlage aus dem Schreiben der AG vom 21.11.2018 an den Fachbereichsleiter Kinder, Jugend und Familie, cc JHA
- SVV Beschluss umsetzen: Empfehlung zur Höhe des einheitlichen Essengelds,
- Kostenerstattung als Einmalzahlung für Beschaffungen

Das „Gute KitaG“

ist zum 01.01.2019 in Kraft getreten. Die Frage wird an die Verwaltung gerichtet, welche Auswirkung die Änderung des § 90 SGB VIII im Zusammenhang mit der Erstattung des Landes hat, da in der LHP bereits geregelt ist, dass viele Eltern mit geringstem Einkommen keinen Elternbeitrag zahlen. Deren Anzahl wird nach der Klarstellung im Gesetz steigen. Hat dies Auswirkungen auf künftige Elternbeitragsempfehlungen?

Nächste planmäßige AG 78 Kita Sitzung: **19.03.2019**

Sabine Frenkler
Stellvertretende Sprecherin AG 78 Kita